

Stefan Schiman

Konjunkturabschwung in Österreich noch verhalten

Konjunkturabschwung in Österreich noch verhalten

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China belastet zunehmend die Weltwirtschaft. In den USA dämpfte der Verwaltungsstillstand den Optimismus der privaten Haushalte. Die deutsche Wirtschaft leidet noch unter den Verwerfungen in der Autobranche. Angesichts der weltweiten Belastungen erweist sich die österreichische Konjunktur als robust. Die Indikatoren weisen aber auch hier mehrheitlich auf einen Abschwung hin.

Economic Downturn in Austria Still Modest

The trade conflict between the USA and China is increasingly weighing on the global economy. In the USA, the government shutdown dampened the optimism of private households. The German economy is still suffering from the upheavals in the automotive sector. The Austrian economy is proving to be robust in view of the global burdens. Here as well, however, the majority of indicators point to a downturn.

Kontakt:

Stefan Schiman, MSc: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, stefan.schiman@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht-erstattung-Glossar.pdf> • Abgeschlossen am 7. Februar 2019.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at)

Die Weltwirtschaft büßte zuletzt an Schwung ein. Nachdem die chinesische Wirtschaft impulsgebend für den weltweiten Aufschwung gewesen war, bildet sie nun die zentrale Schwachstelle der Weltwirtschaft. Der Handelsstreit zwischen den USA und China, der sich 2018 erst auf die Finanzmärkte ausgewirkt hatte, schlägt mehr und mehr auf die Realwirtschaft durch. Wie Umfrageergebnisse zeigen, werden sich diese negativen Konjunkturimpulse in den kommenden Monaten weiter verstärken. In den USA dämpfte zuletzt der erzwungene Verwaltungsstillstand die Konsumentenstimmung. Ein direkter BIP-Effekt bleibt aber aus, da die Gehälter der Zwangsbeurlaubten nachgezahlt werden. Insgesamt haben sich die Konjunkturaussichten der USA eingetrübt, die Zentralbank wird auf weitere Zinsschritte einstweilen verzichten.

Das Nachlassen der Welthandelsaktivitäten schwächt auch die Wirtschaft in der EU. Zudem hat sich die deutsche Autobranche noch nicht von den Verwerfungen erholt, die durch die ungenügende Vorbereitung auf neue Methoden der Abgasmessung entstanden waren. Günstiger entwickelte sich die Wirtschaft zuletzt in Frankreich und Spanien, aber auch in Österreich. Die Konjunkturdynamik ließ hier bisher nur mäßig nach, die Kapazitätsauslastung ist noch überdurchschnittlich hoch. Ähnlich wie in Deutschland sind die heimischen Industrieunternehmen aber kaum mehr zuversichtlich für die kommenden Monate. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit geriet Anfang 2019 ins Stocken, und zwar gerade unter Risikogruppen wie z. B. Älteren, die ohnehin erst spät vom Wirtschaftsaufschwung profitiert hatten. Umgekehrt nahm die Zahl der offenen Stellen, üblicherweise ein Frühindikator für den Konjunkturverlauf, wieder kräftig zu. Die Konjunktursignale sind demnach gemischt, deuten aber mehrheitlich auf einen Abschwung hin.

Unterdessen hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die in Österreich bestehende konfessionsspezifische Arbeitszeitregelung zum Karfreitag diskriminierend und daher nichtig ist. Handelt das Parlament nicht, dann ist der Karfreitag künftig kein Arbeitstag mehr. Der Effekt auf die Wertschöpfung ist konjunktur-, saison- und branchenabhängig; im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und bei Normalauslastung beträgt er rund -0,1%. Für heuer rechnet das WIFO mit einer Dämpfung des BIP und in

der Folge der Unternehmensgewinne um rund 400 bis 600 Mio. €. Das entspricht 10% bis 15% der Kosten der Pro-Kopf-Lohnerhöhungen 2018.

1. Abschwung in China belastet Weltwirtschaft

Der Handelsstreit zwischen den USA und China zeitigt zunehmend negative reale Effekte.

Der Welthandelsboom, der das Wachstum der Weltwirtschaft in den Jahren 2017 und 2018 unterstützte, scheint vorüber zu sein. Frühindikatoren signalisieren eine Abschwächung der Jahreswachstumsrate des Welthandels auf rund 2% (2017 und Anfang 2018 +6%). Allerdings waren zuletzt Anzeichen einer Stabilisierung zu beobachten. Auch die weltweiten Investitionsindikatoren tendieren abwärts. Ein umfragebasierter Indikator für die G 3 (USA, Japan, Deutschland), der der tatsächlichen Entwicklung der Auftragseingänge um rund drei Monate vorausseilt, brach zuletzt ein. Chinas Export schrumpfte im Dezember 2018 auf Dollarbasis um 4,5% gegenüber dem Vorjahr, der Import um 7,3%. Die Importe aus Asien und aus den G 7 nach China, die vor einem Jahr noch um knapp 20% gewachsen waren, blieben um 8% bis 9% unter dem Vorjahresniveau. Der chinesische Einkaufsmanagerindex für die Exportbranche, der der tatsächlichen Exportentwicklung um rund sechs Monate vorausseilt, sank im Dezember auf den niedrigsten Stand seit Mitte 2016. Diese Indikatorenlage spiegelt zunehmende Auswirkungen des Handelsstreites zwischen den USA und China auf die Realwirtschaft wider.

2. Wirtschaftslage in Venezuela vor weiterem Rückschlag

Die politische Anerkennung des Oppositionsführers Juan Guaidó als Interimspräsident von Venezuela durch eine wachsende Zahl von amerikanischen und europäischen Ländern, darunter die USA und viele EU-Länder, hat immer mehr auch ökonomische Konsequenzen. Die britische Zentralbank etwa lehnte den Antrag der venezolanischen Zentralbank zur Abhebung von 1,2 Mrd. \$ an Goldreserven ab. Die USA setzen für Geschäftsabschlüsse mit venezolanischen Staatsunternehmen die Anerkennung von Guaidó als Präsident voraus. Staatliche Vermögenswerte Venezuelas, die in den juristischen Zuständigkeitsbereich der USA fallen, werden wahrscheinlich eingefroren werden. Dies würde einem Erdölembargo gleichkommen und die Rohölproduktion, die durch die Misswirtschaft der Regierung schon stark eingeschränkt ist, weiter verringern. Angesichts der hohen Abhängigkeit Venezuelas von den USA als Abnehmer von Erdöl wird sich die Wirtschaftskrise in Venezuela dadurch weiter verschärfen.

3. Verwaltungsstillstand dämpft Konsumentenstimmung in den USA

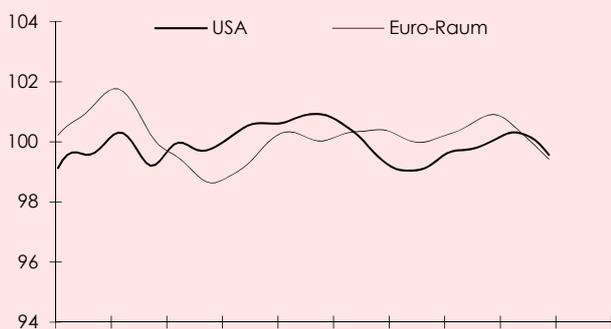
Der "Shutdown" der öffentlichen Haushalte in den USA drückt die Konsumentenstimmung. Da die Gehälter nachgezahlt werden, hat er aber keine direkten negativen BIP-Effekte.

Da in den USA kein Beschluss über den Staatshaushalt zustande kam, wurden rund 350.000 bis 375.000 öffentlich Bedienstete durch den "Shutdown", also die teilweise Stilllegung der öffentlichen Verwaltung, von 22. Dezember 2018 bis 25. Jänner 2019 zwangsbeurlaubt. Weitere rund 400.000 Bedienstete, die lebenswichtige oder sonstige unentbehrliche Dienstleistungen erbringen, mussten vorläufig unentgeltlich weiterarbeiten. Ein neues Gesetz sieht aber vor, alle Betroffenen rückwirkend zu entlohnen. Somit entfällt der direkte statistische Effekt des Shutdown auf die Wertschöpfung, da jene des öffentlichen Sektors auf Basis von gezahlten Gehältern berechnet wird. Mögliche indirekte Effekte umfassen eine Dämpfung des privaten Konsums und die Beeinträchtigung anderer Branchen, die durch den erzwungenen Verzicht auf die Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen in ihrer Produktivität eingeschränkt waren. Das Verbrauchervertrauen kühlte sich durch den Shutdown vorübergehend markant ab. Der Index des Conference Board brach innerhalb von zwei Monaten um knapp 12% ein, der Index der Universität Michigan um 6%. Wie ähnliche Episoden in der Vergangenheit wie etwa der Verwaltungsstillstand 2013 zeigen, erholt sich nach Beendigung des Shutdown das Verbrauchervertrauen wieder.

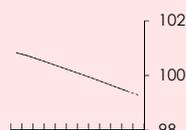
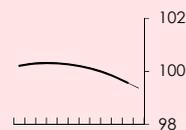
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

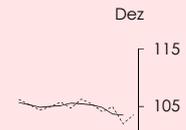
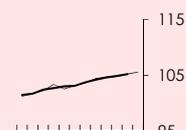
Leading indicators – Amplitude



Entwicklung in den letzten 12 Monaten

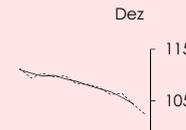
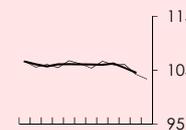
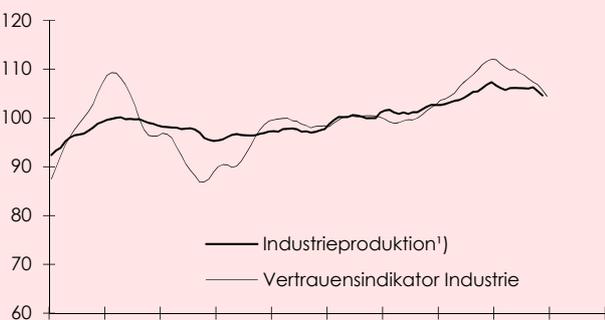


USA



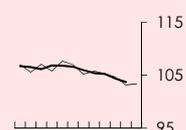
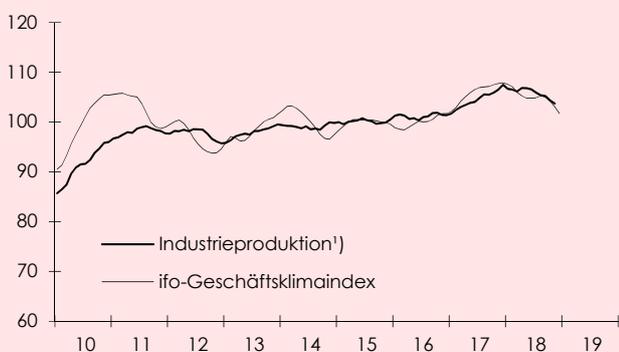
Jän

Euro-Raum



Jän

Deutschland



Jän

Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply ManagementTM), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – ¹⁾ Produzierender Bereich.

4. Zentralbank der USA deutet Mäßigung der Zinspolitik an

Das geldpolitische Entscheidungsgremium der Zentralbank der USA signalisierte bei seiner letzten Tagung, einige Monate lang keine Zinssatzerhöhungen vornehmen zu wollen: Die Formulierungen, es werde künftig "zu weiteren schrittweisen Zinssatzerhöhungen" kommen und die Konjunkturrisiken seien "ausgewogen", scheinen im Bericht des Gremiums nicht mehr auf. Die Lage der Geldpolitik ähnelt in den USA somit jener von Anfang 2016. Damals wurde die Diagnose ausgeglichener Konjunkturrisiken aus dem Bericht entfernt, nachdem die Zentralbank im Dezember 2015 erste Zinssatzerhöhungen vorgenommen und sich die Weltkonjunktur daraufhin eingetrübt hatte. Erst im September 2016 bezeichnete die Fed die Konjunkturrisiken wieder als ausgewogen; im Dezember 2016 setzte sie dann die Zinssatzerhöhungen fort. Seither wurde die Untergrenze des Korridors für den Leitzinssatz schrittweise und im Abstand weniger Monate von 0,5% auf 2,25% angehoben; die letzte Anhebung erfolgte im Dezember 2018.

Auch die EZB betont vermehrt die Abwärtsrisiken für die Konjunktur.

Auch der für die Geldpolitik im Euro-Raum zuständige EZB-Rat stellte in seiner ersten Tagung im Jahr 2019 fest, die Abwärtsrisiken für den Konjunkturausblick hätten zugenommen. Die Mitglieder des EZB-Rates seien sich über die Risiken und ihre Auswirkungen einig, die Dauerhaftigkeit der negativen Einflussfaktoren sei aber erst nach einer bestimmten Zeit zu beurteilen. Daher wurden keine unmittelbaren geldpolitischen Maßnahmen gesetzt; die Wahrscheinlichkeit neuer expansiver Maßnahmen in nächster Zeit hat aber zugenommen.

5. Weitere Stimmungseintrübung in der deutschen Industrie

Während sich der Konjunktur-optimismus in der deutschen Sachgütererzeugung eintrübt, verbessert sich die Konsumentenstimmung in Frankreich trotz der Proteste gegen die Regierung.

Die ersten Konjunkturumfragen für Deutschland im Jahr 2019 verstärken den ungünstigen Ausblick für die größte Volkswirtschaft Europas. Der ifo-Index lag im Jänner mit 99,1 Punkten um rund 2 Punkte unter dem Dezember-Wert und war so niedrig wie seit Anfang 2016 nicht mehr. Sowohl die Einschätzung der aktuellen Rahmenbedingungen als auch die Geschäftserwartungen waren rückläufig, letztere sanken sogar auf den niedrigsten Stand seit rund sieben Jahren. Zudem gab der ifo-Exportindikator im Jänner nochmals deutlich nach.

Im gesamten Euro-Raum trübte sich die Stimmung in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung weiter ein, allerdings nicht in allen Wirtschaftsbereichen. In der Bauwirtschaft erhöhte sich die Zuversicht, der Indikator lag knapp unter seinem bisherigen Höchstwert. Auch das Konsumentenvertrauen nahm zu. Der stärkste negative Impuls kam von der Industrie, die den Index dominiert: Der Vertrauensindex sank auf den niedrigsten Stand seit mehr als zwei Jahren. Auch im Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich verschlechterte sich die Stimmung.

In den einzelnen Ländern ergibt sich ein gemischtes Bild: In Deutschland und Italien trübte sich die subjektive Einschätzung ein. Die italienische Wirtschaftsleistung schrumpfte im IV. Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 0,2%, nachdem sie auch im III. Quartal rückläufig gewesen war. In Frankreich nahm das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung hingegen zu, insbesondere das Konsumentenvertrauen. Aber auch im Dienstleistungsbereich hellte sich die Stimmung auf. In Frankreich wuchs die Wirtschaft im IV. Quartal 2018 gegenüber der Vorperiode um 0,3%, die Konjunktur reagierte somit nur wenig auf die Belastung durch die Proteste der "gilets jaunes". Ebenfalls leicht verbessert hat sich der Vertrauensindikator in Spanien, das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich im IV. Quartal auf +0,7% gegenüber dem Vorquartal.

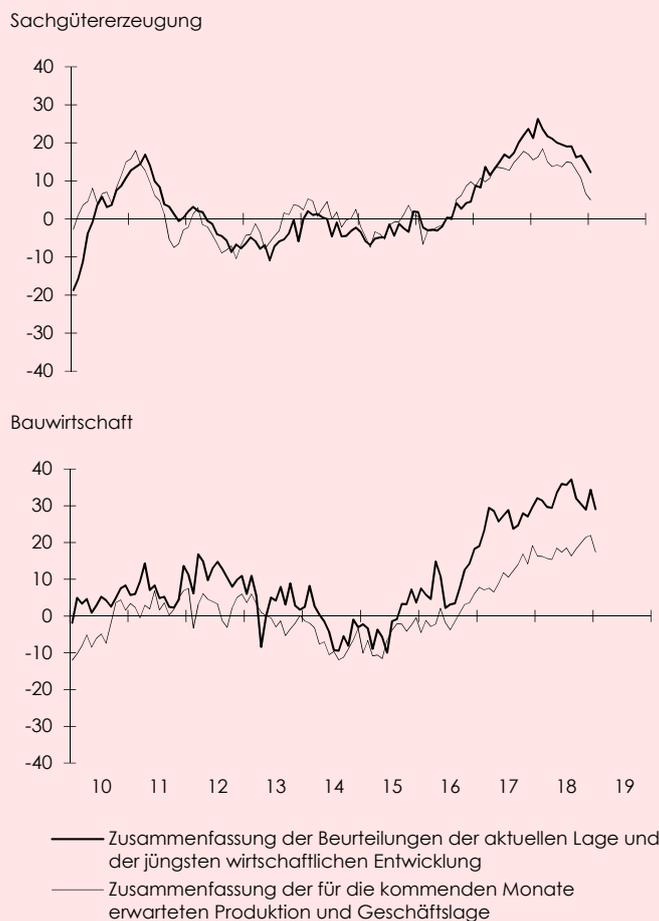
6. Österreich: Konjunkturabschwung bisher verhalten

Das österreichische BIP wuchs im IV. Quartal 2018 gegenüber der Vorperiode saisonbereinigt um 0,4% (Trend-Konjunktur-Komponente), gegenüber dem Vorjahr um 2,3%. Insgesamt übertraf das reale BIP nach diesen vorläufigen Berechnungen 2018 das Vorjahresniveau um 2,7%. Zum Jahresende 2018 expandierte die österreichische Wirtschaft stabil, aber langsamer als im 1. Halbjahr. Die Herstellung von Waren stagnierte, auch im Handel schwächte sich die Dynamik ab. Gestützt wurde die Konjunktur vom

Bausektor, von der Tourismuswirtschaft und von den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Der WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2019 ergab eine weitere Eintrübung der Konjunkturschätzungen durch die österreichischen Unternehmen. Ausgehend von einem hohen Niveau schätzten sie die aktuelle Konjunkturlage etwas ungünstiger ein als in den Vormonaten, und die Erwartungen verschlechterten sich. In der Bauwirtschaft ging der Erwartungsindex zurück, lag aber weiter auf sehr hohem Niveau. In den Dienstleistungsbranchen zog er etwas an, während der Erwartungsindex der Sachgütererzeugung weiter sank und nur mehr knapp im zuversichtlichen Bereich notierte. Die Kapazitätsauslastung war mit 86% allerdings noch außerordentlich hoch. Als wichtigste Produktionshemmnisse wurden ein Mangel an Arbeitskräften (rund 20%) sowie an Material und Kapazität (rund 10%) genannt. 60% der Unternehmen meldeten keine Produktionshemmnisse, 9% einen Mangel an Nachfrage.

Die Industriebetriebe sind in Österreich kaum mehr zuversichtlich.

6.1 Rekordergebnis im Tourismus mit starken Steigerungsraten in Wien

Nachdem die Zahl der Nächtigungen und der Ankünfte im Sommer 2018 weiter gestiegen war, verzeichnete der österreichische Tourismus auch in der Wintervorsaison deutliche Nachfragezuwächse. Die bisherigen Höchstwerte aus dem Jahr 2017 wurden von November bis Dezember 2018 neuerlich übertroffen (Gästekünfte +5,6%, Übernachtungen +7,6%, nominelle Tourismuseinnahmen +7,3%). Die Zahl der Nächtigungen internationaler Gäste wuchs dabei wesentlich kräftiger als jene aus Österreich (+10,0%, Übernachtungen inländischer Gäste +1,8%). In Wien expandierten die

Tourismuseinnahmen markant (nominell +18%). Überdurchschnittlich gut verlief die Wintervorsaison auch in Kärnten. Weniger günstig entwickelte sich die Nachfrage in der Steiermark und im Burgenland. Die Steigerungen in den alpinen Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Salzburg sind bemerkenswert, da die Schneelage unter dem langjährigen Durchschnitt blieb. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer stieg um 1,9% auf 2,9 Nächtingungen pro Gast. Der langjährige Trend zu kürzeren, aber häufigeren Reisen wurde damit erstmals seit 2013 unterbrochen. Es bleibt abzuwarten, ob dies bereits eine Trendwende ist.

6.2 Druck auf Treibstoffpreise lässt nach

Der Auftrieb der Verbraucherpreise betrug im Dezember 1,9%. Die Preise zogen in jenen beiden Bereichen wieder kräftig an, die in Österreich schon seit einigen Jahren für eine überdurchschnittliche Inflationsrate sorgen: in der Gastronomie (Bewirtschaftungsleistungen +2,9%) und in der Kategorie Wohnen (gezahlte Wohnungsmieten +3,4%). Zudem erhöhten sich die Kosten der Verkehrsleistungen wieder (Betrieb von privaten Verkehrsmitteln +4,0%). Der Preisanstieg verflacht in diesem Bereich aber, nachdem er im Oktober 2018 aufgrund des kleinen Erdölpreisschocks (im Vorfeld der Iran-Sanktionen) seinen Höhepunkt erreicht und sich der Betrieb von privaten Verkehrsmitteln vorübergehend um 8% verteuert hatte. Zusammen trugen die Bereiche "Verkehr", "Wohnung, Wasser, Energie" und "Restaurants und Hotels" im Dezember mehr als die Hälfte (1,1 Prozentpunkte) zur Gesamtinflationsrate bei.

6.3 Stockender Rückgang der Arbeitslosigkeit

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich im Jänner, der Rückgang der Zahl der Personen in Schulungen beschleunigte sich hingegen. Die Arbeitslosenquote betrug saisonbereinigt 7,4%, unbereinigt 9,0%. Nachdem die Arbeitslosigkeit bis Dezember im Vorjahresvergleich monatlich um über 6% gesunken war, lag der Jännerwert (368.000) um nur mehr 3% bzw. rund 11.000 unter dem Vorjahresniveau. Rund 66.000 Personen waren saisonbedingt arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit von über 50-Jährigen und Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen nahm sogar zu. Diese sich überschneidenden Personengruppen hatten umgekehrt erst spät vom Aufschwung profitiert: Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hatte hier erst im Oktober 2017 bzw. Jänner 2018 eingesetzt, als bereits der Konjunkturmehrwert erreicht war. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen als einer weiteren Risikogruppe ging im Jänner noch zurück, wenn auch verlangsamt. Positiv bleiben hingegen die Signale für junge Arbeitskräfte: Die Jugendarbeitslosigkeit sank abermals und ist nun bereits geringer als im Jänner 2008 während der letzten Hochkonjunkturphase. Die Beschäftigungsexpansion setzte sich im Jänner in kaum verminderter Dynamik fort; gegenüber dem Vormonat betrug sie saisonbereinigt 0,2%, gegenüber dem Vorjahr 2,0%. Entsprechend zügig expandierte die Zahl der offenen Stellen, der Stellenandrang sank saisonbereinigt unter 4 Arbeitslose je offene Stelle.

6.4 Diskriminierende Karfreitagsregelung aufgehoben

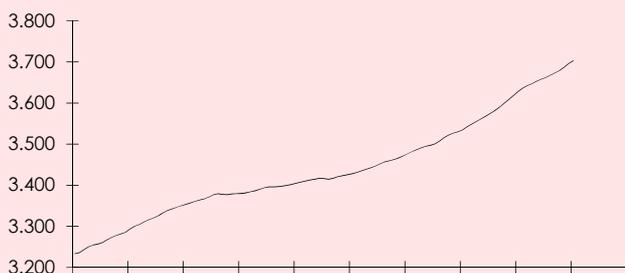
Der Europäische Gerichtshof hat die bisherige Arbeitszeitregelung für den Karfreitag aufgehoben, da sie Angehörige bestimmter Konfessionen gegenüber der übrigen Bevölkerung bevorzugte. Sollten keine legislativen Maßnahmen gesetzt werden, wäre der Karfreitag künftig für alle unselbständig Beschäftigten arbeitsfrei, sofern sie dies beim Arbeitgeber beantragen. Die Einführung eines zusätzlichen arbeitsfreien Tages würde die österreichische Wertschöpfung je nach Konjunkturlage um bis zu 0,2% verringern. In der Industrie, die für den gesamtwirtschaftlichen Arbeitstageffekt maßgeblich ist, spielt die Kapazitätsauslastung eine wichtige Rolle: In der Hochkonjunktur geht mehr Wertschöpfung verloren als bei Unterauslastung. So gab es sowohl 2017 als auch 2012 um je zwei Arbeitstage weniger als in jeweiligen Vorjahren. In der Flaute 2012 verringerte sich die Wertschöpfung dadurch um weniger als 0,1% (bzw. 0,05% pro Arbeitstag), in der Hochkonjunktur 2017 hingegen um fast 0,4% (bzw. 0,2% pro Arbeitstag). Im Bausektor sind zudem Saisonaspekte zu beachten: Von der Einführung eines zusätzlichen Feiertages im Winter ist der Baubetrieb weniger betroffen als in der Bausaison. Auch im Dienstleistungsbereich steigen die Pro-Kopf-Arbeitskosten durch einen zusätzlichen Feiertag, Betriebe in Hotellerie und Gastgewerbe könnten aber umgekehrt von einer Nachfragesteigerung profitieren.

Unter Risikogruppen nahm die Arbeitslosigkeit schon etwas zu.

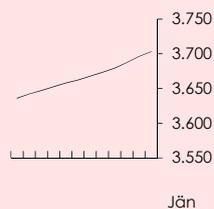
Die volkswirtschaftlichen Effekte der Einführung eines zusätzlichen Feiertages sind konjunktur- und saisonabhängig.

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

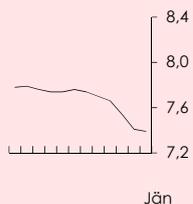
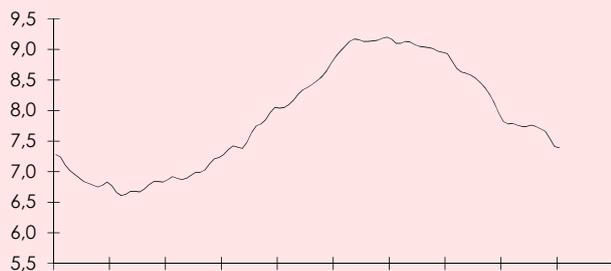
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



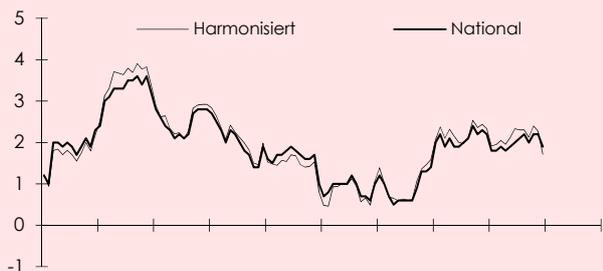
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



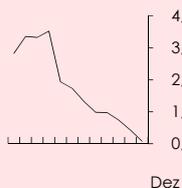
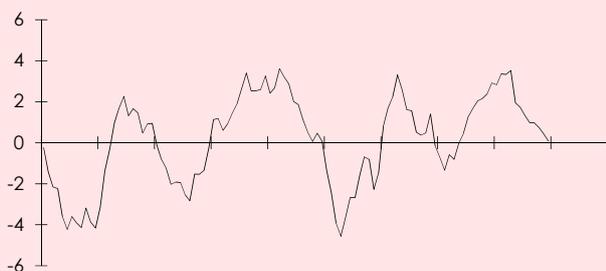
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



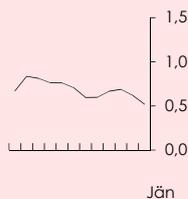
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung.

Die Einführung des Karfreitags als gesetzlicher Feiertag würde das BIP heuer um rund 400 bis 600 Mio. € verringern.

Im langjährigen Durchschnitt senkt die Einführung eines zusätzlichen Feiertages die Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft um 0,1%. Dieser Grenzproduktionseffekt macht aufgrund der sinkenden Grenzerträge der Produktion nur ein Viertel der Durchschnittsproduktion pro Tag aus (bei 250 Arbeitstagen pro Jahr): Liegengebliebene Arbeit wird dort, wo es möglich ist, an anderen Tagen aufgeholt, und die Beschäftigten sind nach arbeitsfreien Tagen besser erholt und produktiver. Zudem ist der Arbeitstageffekt im Falle des Karfreitages auch deshalb etwas geringer, weil manche Bevölkerungsgruppen schon bisher arbeitsfrei hatten – sei es ex lege (was nun als diskriminierend erkannt wurde) oder über Betriebsvereinbarungen. 2019 dürften die Wertschöpfung und die Unternehmensgewinne durch die Einführung eines arbeitsfreien Karfreitages um etwa 400 bis 600 Mio. € geringer ausfallen, wenn man von einem BIP von rund 400 Mrd. € und einer noch überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung ausgeht. Das würde rund 10% bis 15% der Kosten entsprechen, die den Unternehmen durch die effektiven Pro-Kopf-Lohnerhöhungen 2018 entstanden.